

Bundesleitung

Friedrichstraße 169
10117 Berlin

Telefon 030.40 81-40
Telefax 030.40 81-4999
post@dbb.de
www.dbb.de

dbb beamtenbund und tarifunion Friedrichstraße 169 10117 Berlin

An die
Landesbünde und Mitgliedsgewerkschaften
des dbb beamtenbund und tarifunion

- je besonders -

24. September 2026
GB 3 Heß/fj
Durchwahl: 5301
Info-Nr.: 20/2026

Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2026

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute haben in ihrem Herbstgutachten am 24. September ihre Einschätzung zur wirtschaftlichen Entwicklung gegenüber dem Frühjahrsgutachten deutlich nach oben korrigiert.

Die deutsche Wirtschaft entwickelt sich widerstandsfähiger als im Frühjahr erwartet, die Erholung bleibt jedoch nach Einschätzung der Experten mit erheblichen Risiken verbunden.

Wirtschaftliche Entwicklung

Nachdem die Wirtschaftsforschungsinstitute im Frühjahr 2026 für das laufende Jahr lediglich ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Höhe von 0,6 Prozent erwartet hatten, rechnen sie nun mit einem mehr als doppelt so starken Anstieg um 1,3 Prozent. Auch die Erwartungen für das kommende Jahr wurden von 0,9 Prozent auf 1,1 Prozent angehoben.

Nach Einschätzung der Institute hat sich die deutsche Wirtschaft trotz der geopolitischen Spannungen und der zwischenzeitlich stark gestiegenen Energiepreise positiver entwickelt als ursprünglich erwartet.

Steigende Inflation

Die gestiegenen Energiepreise und die expansive Finanzpolitik werden die Preisentwicklung weiterhin beeinflussen. Zwar hat sich die Versorgungslage an den Energiemärkten gegenüber den Befürchtungen des Frühjahrs stabilisiert, dennoch bleibt die Inflationsentwicklung ein wichtiger Unsicherheitsfaktor für die weitere wirtschaftliche Entwicklung. Lag der Anstieg der Verbraucherpreise im Jahr 2025 noch bei 2,2 Prozent, wird sie in 2026 auf 2,8 und im folgenden Jahr voraussichtlich auf 3,2 Prozent steigen.

Arbeitsmarkt bleibt weitgehend stabil

Die Institute gehen davon aus, dass sich der Arbeitsmarkt insgesamt robust zeigen wird. Die wirtschaftliche Erholung dürfte dazu beitragen, größere Verwerfungen am Arbeitsmarkt zu vermeiden. Die Arbeitslosenquote wird im Jahr 2026 bei 6,4 und im folgenden Jahr bei 6,2 Prozent liegen, 2025 hatte sie bei 6,3 Prozent gelegen.

Hohe Staatsausgaben stützen die Konjunktur

Nach Einschätzung der Institute ist die expansive Finanzpolitik ein wesentlicher „Treiber“ der aktuellen Entwicklung. Die schuldenfinanzierten Investitionen in Infrastruktur und Verteidigung tragen demnach wesentlich dazu bei, die deutsche Wirtschaft wieder auf einen moderaten Wachstumspfad zu führen. Hohe Energiepreise, strukturelle Wettbewerbsprobleme und die langfristigen Herausforderungen der öffentlichen Finanzen bleiben bestehen: Das staatliche Finanzierungsdefizit wird gemäß der Prognose von 4,1 Prozent des BIP in diesem Jahr auf 4,7 Prozent in 2028 steigen. Zum Vergleich: Im Jahr 2025 hatte das Defizit noch bei 3 Prozent gelegen.

Strukturelle Probleme in Deutschland sind noch nicht gelöst

Als problematisch erweisen sich insbesondere die hohen Energiekosten, der demografische Wandel, der daraus resultierende Fachkräftemangel sowie die Notwendigkeit, die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland nachhaltig zu stärken.

Mit besten Grüßen

Volker Geyer
Bundesvorsitzender